

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Greift Putin auch wieder nach Weißrussland?

Zu Beginn des Jahres 2012 muss man mit einiger Sorge nach Osten blicken. Keine der ehemaligen Sowjetrepubliken – Ausnahme Estland/Lettland/Litauen – scheint die richtigen Lehren aus der modernen Zeit gezogen zu haben. Hat wenigstens Wladimir Putin die richtigen Lehren aus der letzten Parlamentswahl gezogen? Erkennt er an, dass sein russisches Volk zwar einen „starken Mann“ wünscht, dass dieser aber gerecht sein muss? Hat er nur dann eine Chance bei der Präsidentenwahl im März, wenn er Fehler zugibt? Oder muss er gar ein außenpolitisches Spektakel organisieren, um im Inneren als Held dazustehen? Etwa Weißrussland noch abhängiger machen?



Minsk 1995 – mit Wodka wird die deutsche Delegation freudig begrüßt.

Anders als in Deutschland haben in Russland die politischen Führer für ihre Machtkämpfe mehr oder weniger brutale Methoden erlernt. Was sich am 4. Dezember 2011 bei der Parlamentswahl und in den Wochen danach abgespielt hat, versteht niemand außer „lupenreine Demokraten“. Der Autor musste in Gesprächen vor Ort in Moskau mit einer Reihe unterschiedlicher Parteiführer jene Mischung aus Angst, Drohungen, Existenzvernichtung, Moralität, Selbstbewusstsein und Zukunftshoffnung erleben, wie sie nur in autoritären Systemen anzutreffen ist. Wer einen Tiefschlag erhält, steht wieder auf. Wer den Todesstoß versetzt, versucht diesen immer wieder – denn nur so bleibt er an der Macht. In Deutschland ging es in der „Causa Wulff“ um Kredit und Grundbucheintrag bei einem Einfamilienhaus oder auch um ein unterwürdiges Verhalten gegenüber gewissen Mediengewaltigen. Zu Schaden kam deshalb kein einziger Mitbürger. In Russland wird man verhaftet, weggesperrt, materiell und seelisch misshandelt. Wahr ist aber auch: der materielle Wohlstand ist nicht mehr nur auf die Nomenklatura beschränkt. In den zahlreichen

Luxus-Geschäften und Gourmet-Restaurants tummeln sich ungezählte Jugendliche, wenn es Sonderangebote gibt. Armseelig wie in Sowjetzeiten lebt man in Russlands Großstädten nicht mehr.

Putin wird zur Präsidentenwahl im März noch einiges inszenieren

Wladimir Putin, der jetzige Ministerpräsident und selbst erklärte künftige Staatspräsident Russlands, gibt seine Macht nicht ab. Darauf kann man wetten. Wie er die anstehenden Präsidentenwahlen lenkt oder manipuliert, kann man sich jetzt schon ausmalen. Ob er „Wahlgeschenke“ im Köcher hat oder Drohungen nach innen und nach außen, das wird sich zeigen. Wahrscheinlich verabreicht er Zuckerbrot und Peitsche. Außenpolitische Aktivitäten könnten die Welt in Atem halten. Dazu zählt auch der Ausbau der „Eurasischen Union“, von der Putin schon oft sprach. Ihr Zentrum wird wieder Moskau sein und ihr Ziel wird die Wiedererweckung einer geopolitischen Großmacht darstellen. Da die Ukraine nicht so leicht zu integrieren ist, bleibt Weißrussland das Hauptobjekt der Begierde. Mit wirtschaftlichem Druck, vor

allem bei den überlebenswichtigen Gas- und Öllieferungen, kennt sich Moskau bestens aus. Es besteht schon lange eine Zoll- und Verteidigungsgemeinschaft zwischen den Machthabern in Minsk und in Moskau – und dreimal darf man raten, wer der Stärkere sein wird.

Weißrussland hatte seine Chance zur Freiheit und Unabhängigkeit

Kaum eine ehemalige Sowjetrepublik bietet ein so gespenstisches Bild wie Weißrussland. Selbst Putin ist ein Waisenknabe gegen den seit über 17 Jahren herrschenden Diktator Alexander Lukaschenko. Dabei hatte die Republik Weißrussland nach 1991 die gleichen Chancen wie zum Beispiel die baltischen Staaten oder die Ukraine. Es wurde zum besonderen Symbol, dass ausgerechnet in der weißrussischen Staatsresidenz Wiskull am 8. Dezember 1991 das Ende der Sowjetunion besiegelt wurde. Dort hatten sich der Präsident der weißrussischen Sowjetrepublik, Stanislaus Schuschkewitz, der Präsident der ukrainischen Sowjetrepublik, Leonid Krawtschuk, und der erste frei gewählte Präsident der russischen Republik, Boris Jelzin, zu Wirtschaftsberatungen getroffen. Wie in dieser Jahreszeit üblich, hatte man Sauna und Wodka genossen. Irgendwie tauchte der Satz auf, dass es „die Sowjetunion eigentlich nicht mehr gibt“. Deren Präsident und KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow hatte nur noch auf dem Papier Macht. So musste er bald einen Telefonanruf von Schuschkewitz entgegennehmen, dass man die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken als beendet ansehen und dass man US-Präsident George Bush schon informiert habe. In Wiskull wurde also Weltpolitik gemacht. Gleich dachte der erste Präsi-



Minsk 1995 – Fernseh-Interview Klaus Rose zur Zukunft Weißrusslands.

dent des nun unabhängigen Weißrussland, Schuschkewitz, dass die Chance zur Wiedergeburt der eigenen Geschichte auch die Chance zu eigener wirtschaftlicher Größe und Demokratie beinhaltet. Die „weißrussischen Völker“ hatte sich im 14. Jahrhundert Litauen einverleibt. Ab dem Jahr 1386 gehörte Weißrussland (Belarus) zum Großreich Polen-Litauen. Vierhundert Jahre später, als die 1. Polnische Teilung erfolgte, verlebte sich Moskau Weißrussland ein und gab es nicht mehr heraus. Nur zu Beginn der Sowjetunion, also um 1920, hatten sich Hoffnungen auf einen eigenen Staat ergeben, die aber in militärischen Kämpfen und unter Beteiligung deutscher „Freikorps“ untergingen. Das Jahr 1991 ermöglichte also das Ende der zweihundertjährigen Beherrschung durch Moskau. Am 20. März 1992 erfolgte die Gründung der Streitkräfte Weißrusslands. In zähen Verhandlungen wurden alle sowjetischen Atomwaffen aus Weißrussland abgezogen. Doch Schuschkewitz hielt sich nicht lange. Im Jahr 1994 etablierte sich Alexander Lukaschenko als Nachfolger, anfangs vom Westen genauso gefördert wie der Vorgänger.

Dazu zählten auch die Unterstützung in militärischen Fragen und das Angebot der Zusammenarbeit mit der NATO. Der Vorsitzende des deutschen Verteidigungsausschusses war im Frühsommer 1995 mit einer kleinen Delegation über Kiew und Moskau nach Minsk gekommen. In Gesprächen mit Politikern und Militärs und natürlich mit der Deutschen Botschaft sowie mit Medienvertretern lotete man die Chancen einer gutnachbarlichen Beziehung aus. Der Besuch in weißrussischen Garnisonen erbrachte zwar einen ernüchternden Eindruck, die Gastfreundschaft der Gesprächspartner nahm es

mit der „Nüchternheit“ aber nicht so ernst. Schließlich bekam der deutsche Botschafter den Auftrag, diesen „Anfang einer künftigen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit militärischem Austausch“ intensiv weiter zu betreiben. Ähnliches fand später in den baltischen Nachbarrepubliken statt.

Weißrussland und seine besonderen Genossen

Heute ist Weißrussland wieder isoliert. Mit der Russischen Föderation pflegt es zwar eine Zoll- und Verteidigungsgemeinschaft. Doch diese beinhaltet die Erlaubnis für Moskau, bei Baranawitsch, also auf weißrussischem Gebiet, eine Radarstation zur gemeinsamen Luftabwehr zu unterhalten. Es gibt seit dem 19. Dezember 1997 auch ein „Abkommen über die gemeinsame Gewährleistung regionaler Sicherheit im Militärbereich“, was nichts anderes heißt als dass Minsk von Moskau Befehle bekommt, und nicht umgekehrt. Mit der EU oder der NATO lebt Minsk fast auf Kriegsfuß, doch mit den Volksrepubliken China und Nordkorea, mit den Linksdiktaturen Kuba und Venezuela sowie mit dem Säbelrassler-Staat Iran unterhält Lukaschenko enge Kontakte. Er als ehemaliger Sowchos-Direktor, also Chef einer landwirtschaftlichen Zwangseinheit, weiß „alte Kameraden“ zu schätzen. Sein Vorgänger im Präsidentenamt bezeichnete ihn, laut STERN vom 19. Dezember 2011, als „Diktator, brutal und kaum gebildet“. Ihm komme lediglich zugute, dass die „Sehnsucht nach einem starken Führer“ wieder sehr zugenommen habe, in Russland selbst, aber auch andernorts. Der Westen solle sich keine Illusionen machen. Das Jahr 2012 birgt also auch in der Nachbarschaft außen- und sicherheitspolitische Risiken. Hoffentlich konzentriert sich Berlin nicht bloß auf „Kredit- und Medienaffären“.